



ÖLINS FEUER

Wie die Europäische Union
ein neues Wettrüsten anheizt



✉ **Abonnieren Sie unseren Newsletter:**
www.tni.org/subscribe

oder scannen Sie den QR-Code:



AUTORINNEN: Mark Akkerman, Pere Brunet, Andrew Feinstein, Tony Fortin, Angela Hegarty, Niamh Ní Bhriain, Joaquín Rodríguez Álvarez, Laëtitia Sédou, Alix Smidman, Josephine Valeske

REDAKTION: Deborah Eade

GESTALTUNG: Evan Clayburg

Herausgegeben vom European Network Against the Arms Trade (ENAAAT) und Transnational Institute (TNI)

Amsterdam, März 2022

Der Inhalt des Berichts darf zu nicht kommerziellen Zwecken zitiert oder vervielfältigt werden, sofern die Quelle der Informationen korrekt angegeben wird. TNI würde es begrüßen, eine Kopie oder einen Link des Textes zu erhalten, in dem dieses Dokument verwendet oder zitiert wird. Bitte beachten Sie, dass das Urheberrecht für einige Bilder anderswo liegen kann und dass für diese Bilder die Urheberrechtsbedingungen der ursprünglichen Quelle beachtet werden müssen.

<http://www.tni.org/copyright>

This report was funded by the Network for Social Change Charitable Trust

ZUSAMMENFASSUNG

„Wer sich auf den Krieg vorbereitet, bekommt Krieg. Wer sich auf den Frieden vorbereitet, bekommt Frieden.“

Yurri Sheliazhenko, Ukrainischer Friedensaktivist

Während wir diesen Bericht im März 2022 fertigstellen, ist in Osteuropa nach dem illegalen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ein Krieg ausgebrochen. Gegen Ende des Jahres 2021 erreichten die Unruhen auf dem Balkan beinahe den Siedepunkt. Die Spannungen im Südchinesischen Meer köcheln nach wie vor und bedrohen die regionale und globale Stabilität. Kriege und Gewalt dauern unter anderem in Afghanistan, Irak, der Sahelzone, Syrien und Jemen an. Die mächtigsten Nationen der Welt üben sich im Säbelrasseln, mobilisieren Truppen, legen Waffenlager an und bereiten sich aktiv auf den Krieg vor. Die Europäische Union (EU) ist dabei keine Ausnahme. Im kompletten Widerspruch zu ihrem Gründungsprinzip, den Frieden zu fördern, hat auch sie beschlossen, sich als globale Militärmacht zu etablieren. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass Militarismus keineswegs zu Stabilität und Frieden beiträgt, sondern lediglich Spannungen, Instabilität, Zerstörung und Vernichtung anheizt.

In einem politischen Wendepunkt kündigte die EU als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine an, dass sie im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität erstmalig tödliche Waffen für ein Land im Krieg finanzieren und an das Land liefern wird. Dieser Schritt ist beispiellos, kommt aber nicht unerwartet. Die EU hat schon vor Jahren einen militaristischen Kurs eingeschlagen. Dieser Trend lässt sich bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 zurückverfolgen, der die rechtliche Grundlage für die gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bildet. Weniger als ein Jahrzehnt später richtete die EU Budgets speziell für militärische Projekte ein. Mit diesem Richtungswechsel hat die EU einen neuen und äußerst besorgniserregenden Kurs eingeschlagen, denn politische und soziale Probleme sollen nun nicht mehr durch Dialog und Diplomatie, sondern durch Kriegstreiberei und Militarismus gelöst werden.

Der **Europäische Verteidigungsfonds (EVF 2021 - 2027)** verfügt über ein nie dagewesenes Budget von 8 Milliarden Euro für die Erforschung und Entwicklung von Militärgütern. Es ist zu früh, um die Folgen des EVF zu analysieren, da er sich noch in der Anfangsphase befindet. Daher befasst sich die vorliegende Recherche mit seinen beiden Vorläuferprogrammen: der **Preparatory Action for Defence Research (PADR 2017 - 2019) mit einem Budget von 90 Millionen Euro zur Finanzierung der militärischen Forschung, und dem European Defence Industrial Development Programme (EDIDP 2019 - 2020) mit einem Budget von 500 Millionen Euro zur Finanzierung der Entwicklung von militärischer Ausrüstung und Technologie.** Im Rahmen dieser Budgetlinien wurden fast 600 Millionen Euro an öffentlichen europäischen Geldern an hochprofitable Privatunternehmen vergeben, die mit Waffen und Rüstungstechnologien handeln, sowie an private Forschungszentren und einige weitere Empfänger. Diese Pilotprojekte offenbaren zutiefst besorgniserregende Tendenzen in Bezug auf den von Europa forcierten Militarismus. **Das Budget des EVF ist 13,6 Mal so hoch wie das seiner Vorläuferprogramme,** und kann daher katastrophale Folgen haben. Indem sie die Mittel für militärische Forschung und Entwicklung von einem Haushaltszyklus zum anderen um gewaltige 1250 % aufstockt, ist die EU nun zunehmend darauf bedacht, in den Krieg zu investieren, statt Frieden zu schaffen oder zu erhalten.

Ziel dieser Budgetposten ist es, **neue Waffen zu entwickeln** sowie die **bestehende Waffentechnik zu verbessern**, indem Spitzentechnologien wie **künstliche Intelligenz, unbemannte oder autonome Systeme** integriert werden. Mit den Geldern wird insbesondere die Entwicklung „disruptiver Technologien“ gefördert, die, wenn sie eines Tages eingesetzt werden, die traditionelle **Kriegsführung radikal verändern** dürften. Nach der Entwicklung von Schießpulver und Atomwaffen bezeichnen Konfliktanalytiker die jetzige Phase als eine dritte Evolution im Wettrüsten, in der automatisierte Waffen erprobt werden und trotz schwerwiegender ungelöster rechtlicher und ethischer Fragen schließlich normalisiert werden könnten. Indem sie Milliarden von Euro für die Entwicklung neuer Rüstungstechnologien zur Verfügung stellt, **heizt die EU sie ein drittes, äußerst problematisches Wettrüsten an**, durch das das Kriegsrecht möglicherweise obsolet wird.

Die Ausschreibungen der EU und die Rüstungskonzerne verwenden die gleiche Terminologie: kooperative Verteidigung, Interoperabilität, industrielle Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmertum und Innovation. Sie scheren sich dabei nicht um die Unsicherheit, den Tod und die Zerstörung, die dem Einsatz dieser von der EU finanzierten Waffen folgen werden. Kriege entstehen nicht einfach im luftleeren Raum, sondern sind das Ergebnis jahrelanger politischer Strategien und Entscheidungen. Mit der Entscheidung, in neuartige Waffen zu investieren, verfolgt die EU nicht nur eine defensive Strategie für den Fall, dass sie angegriffen wird - sie schürt den Militarismus, heizt aktiv ein sehr gefährliches Wettrüsten an und gießt Öl ins Feuer des Krieges.

Dieser Bericht enthüllt Folgendes:

EU-Entscheidungsprozesse und -budgets wurden von hochprofitablen Unternehmen gekapert, die diese politischen Räume zu ihrem eigenen Vorteil missbrauchen. Der Bericht offenbart das Ausmaß des Einflusses, den die Rüstungslobby auf die Politikgestaltung in der EU hat.

- Wir belegen, dass **neun der 16 Mitglieder in der 2015 von der Europäischen Kommission (EK) eingesetzten Expertengruppe für Verteidigungsforschung** (Group of Personalities on Defence Research) **mit Rüstungsunternehmen, Waffenforschungsinstituten und einer Lobbyorganisation der Rüstungsindustrie assoziiert** sind. Zu den neun Mitgliedern gehören sechs Rüstungsunternehmen, nämlich **Airbus, BAE Systems, Indra, Leonardo, MBDA** und **Saab**; zwei Mitglieder vertraten Rüstungsforschungsinstitute, **Fraunhofer** und **TNO**; und ein Mitglied vertrat die Lobbyorganisation der Rüstungsindustrie, **AeroSpace and Defence Industries Association of Europe**.
- Der **Kommissionsvorschlag**, der schließlich zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds führte, **basierte auf einem von der Expertengruppe vorgelegten Bericht. Ganze Abschnitte wurden wortwörtlich aus dem Bericht der Expertengruppe kopiert** und in den Kommissionsvorschlag für den Verteidigungsfonds eingefügt.
- Die Unternehmen und Organisationen, die von der Expertengruppe repräsentiert werden, profitierten massiv von den Budgets, die sie selbst mitgestalten konnten. Konkret **erhielten die Mitglieder der Expertengruppe bisher über 86 Mio. EUR bzw. 30,7 % der zugewiesenen Gelder**. Da die gesamte Verteilung aber noch nicht veröffentlicht wurde, ist es wahrscheinlich, dass diese Akteure sogar noch mehr Geld erhalten haben.

Die EU subventioniert wissentlich Rüstungsunternehmen, die in höchst fragwürdige Machenschaften verwickelt sind. Die Achtung von Menschenrechtsstandards und Rechtsstaatlichkeit - zwei der zentralen Werte der EU - werden von ihnen nicht gewährleistet.

Dass die EU wissentlich Unternehmen mit europäischen Steuergeldern finanziert, die in dubiose und höchst umstrittene Waffengeschäfte verwickelt sind, Atomwaffen herstellen oder wegen Korruption angeklagt sind, wirft ernste Fragen darüber auf, welche Standards die EU anwendet, bevor sie Hunderte von Millionen an Militärausgaben bewilligt.

- Die sieben größten Profiteure dieser EU-Mittel sind **an höchst umstrittenen Waffenexporten in Länder beteiligt, die sich in bewaffneten Konflikten befinden oder in denen autoritäre Regime herrschen und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.**
- Durch die finanzielle Unterstützung dieser Unternehmen **finanziert die EU indirekt die nukleare Aufrüstung**, da viele der Empfänger dieser Gelder auch an der Entwicklung, Herstellung oder Wartung von Atomwaffen beteiligt sind.
- Gegen **fünf der acht größten Begünstigten** sind in den letzten Jahren **erhebliche Korruptionsvorwürfe** erhoben worden. Diese fünf sind **Leonardo, Safran, Thales, Airbus** und **Saab**.

Zwar liegen noch nicht alle Informationen über die im Rahmen von PADR und EDIDP bewilligten Mittel vor, jedoch wissen wir, dass die **EU derzeit 62 militärische Forschungs- und Innovationsprojekte mit insgesamt 576,5 Mio. EUR finanziert** (der Gesamtbetrag liegt eher bei 600 Mio. EUR, aber die für Verwaltungs- und interne Kosten aufgewendeten Mittel wurden hier nicht berücksichtigt).

- Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass **68,4 % des Budgets an Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien** gehen.
- Dies sind die Länder, in denen Europas größte Rüstungsunternehmen ihren Sitz haben, und zudem die EU-Mitgliedstaaten mit dem größten Waffenexportvolumen.
- Unternehmen aus diesen vier Ländern **koordinieren 42 der 62 Projekte (67,7 %)**.
- **Frankreich** ist der Hauptprofiteur mit einem Anteil von mehr als einem Viertel der bisher bereitgestellten Mittel (26,44 %).
- Der italienische Rüstungsriese **Leonardo**, das größte Rüstungsunternehmen der EU, ist mit 28,7 Millionen Euro der größte Einzelempfänger. Weitere Unternehmen in den Top 5 (einschließlich ihrer Tochtergesellschaften in der EU) sind das spanische Unternehmen **Indra** (22,78 Mio. EUR), die französischen Unternehmen **Safran** (22,33 Mio. EUR) und **Thales** (18,64 Mio. EUR) und das transeuropäische Unternehmen **Airbus** (10,17 Mio. EUR).
- Im Kontrast dazu erhält fast die Hälfte der EU-Länder jeweils weniger als 1 % der Mittel.
- Die untersuchten Förderprogramme finanzieren nicht nur die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der Rüstungsindustrie, sondern **rufen die EU-Länder aktiv dazu auf, die entsprechenden Waffen und Technologien zu kaufen, sie in ihr Verteidigungsarsenal aufzunehmen oder ihren Export in Länder außerhalb Europas zu fördern**. Das Endergebnis sind hochmoderne Armeen innerhalb der EU und der Ausbau der EU zu einer globalen Militärmacht, sowie ebenso tödliche Armeen außerhalb der Union, deren militärische Kapazitäten durch europäische Waffenexporte aufgestockt wurden.

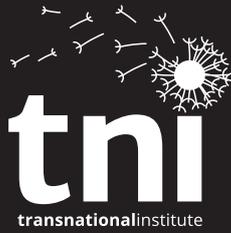
- Die gesamten Militärausgaben der acht größten Empfängerstaaten der hier analysierten EU-Budgets beliefen sich im Jahr 2020 auf über 42 Milliarden US-Dollar. Das bestätigt, dass **der europäische Verteidigungsfonds in erster Linie dazu dient, die größten und profitabelsten europäischen Rüstungsunternehmen zu subventionieren.**

Die Kontrollen, die zur Genehmigung der Finanzierung neuartiger tödlicher Waffen durchgeführt werden, **entsprechen nicht einmal niedrigsten rechtlichen und ethischen Standards.** Das bedeutet, dass die Waffen, wenn sie schließlich zum Einsatz kommen, die Kriegsführung dauerhaft verändern dürften.

- Unser Bericht konzentriert sich auf vier spezifische Kategorien von Militärgütern: (1) disruptive Verteidigungs- und Sicherungsprojekte, (2) disruptive Verteidigungsgüter, (3) nicht-disruptive Verteidigungsgüter und (4) disruptive Gefechtssystemprojekte.
- Mindestens 22 der 34 untersuchten Projekte zielen auf die Entwicklung disruptiver Güter ab, die in Zukunft entweder in der Verteidigung oder im Kampf eingesetzt werden könnten. **Die Entwicklung oder Nutzung unbemannter Systeme ist in mindestens 12 der 34 Projekte enthalten.** Der Einsatz von **Künstlicher Intelligenz (KI) als disruptives Hilfsmittel ist Bestandteil von mindestens sechs Projekten.** Während die Erforschung und Entwicklung völlig autonomer tödlicher Waffen im Rahmen der EU-Haushaltlinien noch nicht zulässig ist, werden andere automatisierte Waffen, autonome Systeme und umstrittene Technologien bereits entwickelt. Es ist zu befürchten, dass dies Teil einer unaufhaltsamen Entwicklung werden könnte, durch die letztendlich - wenn auch unwissentlich - die Entwicklung von Waffen wie „Killerrobotern“ finanziert werden könnte. Diese Veränderungen geschahen, ohne dass eine ernsthafte Debatte über die schwerwiegenden rechtlichen und ethischen Folgen des Einsatzes „intelligenter“ Waffen im Krieg geführt wurde.
- Das Verfahren der EU zur Bewertung rechtlicher und ethischer Risiken stützt sich hauptsächlich auf **Selbsteinschätzungen der Antragsteller** (überwiegend Privatunternehmen), die auf EU-Fördermittel hoffen. Diese Selbsteinschätzung ist letztendlich nur ein **Pflichtthema, das abgehakt werden muss.** Die Verpflichtungen, die nach dem humanitären Völkerrecht staatlichen Akteuren obliegen, werden auf private Antragsteller abgewälzt, was de facto zu einer **Deregulierung von Brüssels vielleicht gefährlichstem Finanztopf** führt. Versuche der Zivilgesellschaft, Zugang zu weiteren Informationen über die ethischen und rechtlichen Verfahren zu erhalten, wurden unzureichend beantwortet, und Informationen wurden bewusst zurückgehalten, was ernsthafte Bedenken hinsichtlich Transparenz und demokratischer Kontrolle aufkommen lässt.
- Die geförderten Technologien **können zu Verstößen gegen EU- und internationales Recht führen**, sobald sie in der Praxis eingesetzt werden. Menschen, die technische Systeme programmieren oder bedienen, neigen selbst bei human-in-the-loop-Verfahren dazu, sich von automatisierten Lösungen und computergeneriertem Wissen beeinflussen zu lassen, anstatt sich um andere Kontrollmöglichkeiten zu bemühen. In der Vergangenheit hat dies dazu geführt, dass Streitkräfte beispielsweise ihre eigenen Kampfflugzeuge oder die ihrer Verbündeten abgeschossen haben. Das Büro des Europäischen Bürgerbeauftragten fand es besorgniserregend, „dass es **keine detaillierte Bewertung der Übereinstimmung der Projekte mit internationalem Recht** gibt“.

- Besonders problematisch sind neuartige Waffen basierend auf Laser- und elektromagnetischen Systemen, KI-Systemen, elektronischen Geräten und Cyber-Response, unbemannten Systemen, Kampfdrohnen und Zielortungs-, Verfolgungs- und Kennzeichnungssystemen. Insbesondere ist nicht klar, auf welche Weise „intelligente“ Waffen in Kriegssituationen zwischen Zivilisten und bewaffneten Kämpfern unterscheiden können.

Der EVF und seine Vorläuferprogramme zielen ausdrücklich darauf ab, die „globale Wettbewerbsfähigkeit“ der europäischen verteidigungstechnologischen Industrie zu stärken. Es besteht eine absolute Diskrepanz zwischen den entwickelten Technologien und den Konsequenzen, die sie jenseits ihrer Profite haben können. Sie werden zwangsläufig **europäische Waffenexporte ankurbeln und das globale Wettrüsten anheizen, was wiederum zu mehr Kriegen, größerer Zerstörung, einem beträchtlichen Verlust an Menschenleben und verstärkten Fluchtbewegungen führen wird.** Angesichts einer globalen Pandemie war es noch nie so klar wie jetzt, dass wir neu definieren müssen, was wir unter Sicherheit verstehen. Wir müssen uns fragen, was wir brauchen, um uns sicher fühlen. Sind es Investitionen in Rüstung, militärische Infrastruktur und eine hochausgerüstete Armee? Oder ist es der garantierte Zugang zu einem funktionierenden öffentlichen Gesundheitssystem, Bildung und sozialen Diensten, die Bewältigung des Klimawandels und anderer Herausforderungen, vor denen wir stehen? Mit der Bewilligung von Milliarden von Euro für Rüstungsvorhaben hat die EU eine politische Entscheidung getroffen. Sie hat sich dafür entschieden, die Profite von Rüstungsunternehmen über das Wohlergehen ihrer Bürger zu stellen. Dadurch schürt sie die Unsicherheit und die Gefahr eines Krieges, statt sie einzudämmen.



Das Transnational Institute (TNI) ist ein internationales Forschungs- und Advocacy-Institut, das sich für den Aufbau eines gerechten, demokratischen und nachhaltigen Planeten einsetzt. Es fungiert seit mehr als 40 Jahren als ein einzigartiges Bindeglied zwischen sozialen Bewegungen, engagierten WissenschaftlerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen.

www.TNI.org



The European Network Against Arms Trade (ENAAT) is an informal network of European peace groups working together in research, advocacy and campaigning. ENAAT members consider that arms trade is a threat to peace, security and development, and that the arms industry is a driving force behind increasing military exports and expenditure. Since 2016 the ENAAT EU project has been scrutinising EU budget lines for military research and development.

www.enaat.org

Stop Wapenhandel

Stop Wapenhandel is an independent research and campaign organisation opposed to the arms trade and the arms industry. It campaigns against arms exports to poor countries, undemocratic regimes and countries in conflict areas. It also stands against the financing of the arms trade by governments, banks and pension funds.

www.stopwapenhandel.org

In collaboration with



Observatoire des armements



Das TNI-Programm „**War and Pacification**“ (Krieg und Befriedung) befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen Militarisierung, Sicherheit und Globalisierung und setzt sich mit den Strukturen und Interessen auseinander, die eine neue Ära des permanenten Krieges untermauern. Die Reihe „**Border Wars**“ (Grenzkriege) befasst sich mit der Globalisierung der Grenzsicherung und untersucht die Politiken, die wirtschaftliche Interessen und Sicherheit über Menschenrechte stellen, sowie die unternehmerischen Interessen, die diese Agenda vorantreiben und von ihr profitieren.

Wenn Sie regelmäßig über dieses Projekt und TNI informiert werden möchten, melden Sie sich an unter www.tni.org/subscribe.